

AK Asyl e.V.

Grenzen los

Der Infobrief des AK Asyl e.V. Bielefeld

Dezember 2017



Inhalt

Aus dem Verein

- 4 Ehrenamtliche Vormundschaften für junge Geflüchtete in OWL
- 5 Der Schutz von Geflüchteten geht uns alle an - helfen Sie mit!
- 6 Unsere Beratungsbereiche
- 8 Unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge verlieren ihren Anspruch auf Rechtsberatung
- 10 Mitmachen im AK Asyl e.V.

Vor der Haustür

- 12 "Women in Exile and friends Bielefeld" beim internationalen Frauen*-Kampftag
- 14 "Ein Zeichen setzen" Gerichtsprozess um einen Brandanschlag auf Geflüchtete in Porta Westfalica
- 16 Vom Asyl- zum Ausreiseseystem

Über den Tellerrand

- 18 Afghanistan ist nicht sicher, schon gar nicht für Rückkehrer*innen!
- 20 Aktionsgruppe "Keine Abschiebungen nach Afghanistan"
- 22 Trugbild sicheres Afghanistan. Ein Interview mit dem Aktionsbündnis gegen Abschiebungen nach Afghanistan

Gedichte

- 26 Über Leben von H.S. Sajad

Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer, liebe Freundinnen und Freunde,

zum Jahresabschluss 2017 liegt wieder unser neuer Infobrief vor, mit dem wir euch über jenes informieren, was im letzten Jahr im, um und beim AK Asyl Bielefeld geschehen ist. Zunächst müssen wir leider feststellen, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unserer Arbeit in diesem Jahr verschlechtert haben. Eine verbreitete aggressive Grundhaltung in der Gesellschaft gegenüber Migrant_innen, die sich in den letzten Jahren bereits in vermehrten Übergriffen bis hin zu Anschlägen auf Geflüchtete manifestiert hat, ist mit den Landes- und Bundestagswahlen 2017 endgültig in die Parlamente eingezogen. Neben der offen rassistisch agierenden AfD überboten sich im Wahlkampf aber auch die anderen Parteien mit Forderungen nach mehr Abschiebungen und härteren AbschiebeGesetzen. Viele (rassistische) Ansichten die bisher zurecht als menschenfeindlich aus der Debatte ausgeklammert wurden, gelten nunmehr als „kritische Einwände“ und sind endgültig salonfähig geworden. Von einer allgemeinen gesellschaftlichen Offenheit für die Belange und Bedürfnisse unserer Klient_innen kann leider keine Rede mehr sein.

Gerade dieses gesellschaftliche Klima machte die Arbeit des AK Asyls mit seiner haupt- und ehrenamtlichen Arbeit im Jahr 2017 umso nötiger. So werden wir weiter mit vollem Einsatz für die Rechte von Geflüchteten und Migrant_innen eintreten und eine offene und solidarische Gesellschaft einfordern.

Im Folgenden gibt es nun einen kleinen Überblick über die wesentlichen Veränderungen bei uns.

Beratung

In der **Regionalberatung** ist die Nachfrage nach wie vor sehr hoch. Deswegen wird mit der neu eingerichteten Erstkontaktstelle zunächst mit den Ratsuchenden der Bedarf geklärt und dann gegebenenfalls auch an andere Stellen im Umland weiter verwiesen.

Veränderung gab es auch in der **Verfahrensberatung**. Die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in den Böllhoff-Hallen wurde geschlossen. Die dortige Beratung wechselte in den Oldentruper Hof. Außerdem berät die Verfahrensberatung des AK Asyl in der EAE Südring und in der Zentralen Ausländer

Behörde (ZAB).

Im Bereich **Psychosoziale Beratung (PSZ)** konnten wir erfreulicherweise eine neue Stelle einwerben, gefördert durch das Gesundheitsministerium und in Kooperation mit dem PSZ Düsseldorf und dem PSZ Hagen. Hierbei geht es um Möglichkeiten der Früherkennung von Traumafolgestörungen in kommunalen Unterkünften.

Auch bei der **Beratung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UMF)** konnten wir ein neues Projekt angehen, welches über drei Jahre von der Aktion Mensch gefördert wird. Ziel des Projekts ist die „Gewinnung, Qualifizierung, Vermittlung, Beratung und Begleitung ehrenamtlicher Vormünder für UMF in OWL“.

Im Bereich der **Freiwilligen-Koordination** gab es einen Personalwechsel. Die Zahl der Engagierten ist im Vergleich zum Vorjahr in etwa gleich hoch geblieben. Informationen und Kontaktmöglichkeit, um sich einzubringen, sind auf unserer Internetseite unter: www.ak-asyl.info/mitmachen zu finden

Auch unsere Mitarbeiterin in der **Verwaltung** hat gewechselt. Mit dem Wachstum des Vereins ist in den letzten Jahren auch der Verwaltungsaufwand stark gestiegen. In Zukunft wird auch die bisher extern geführte Buchhaltung in diesen Arbeitsbereich fallen.

Nicht zuletzt sei an dieser Stelle auch unser fleißiges Reinigungspersonal gedankt, die seit Jahren unsere Räumlichkeiten zuverlässig sauber halten.

Räumlichkeiten

Aufgrund der umfassenden Sanierung weiterer Räume im letzten Jahr konnten neue Arbeitsplätze in 2017 in den bereits bestehenden Räumlichkeiten eingerichtet werden. Jedoch haben Mitarbeiter_innen in ihrer Freizeit mit viel Engagement dafür gesorgt die Büros und Wartebereiche für unsere Klient_innen freundlich und angenehmer zu gestalten.

Finanzen

Auch im Jahr 2017 erreichte uns ein großes Spendenaufkommen, vor allem von Mitgliedern und Dauerspender_innen. Hierfür sind wir sehr dankbar, denn dieses Geld ist eine notwendige Basis für unsere Arbeit. Dennoch sind vor allem die

Aus dem Verein

Einzel Spenden und Zuwendungen von Betrieben und Unternehmen in diesem Jahr geringer ausgefallen. So benötigen wir gerade im laufendem Jahr noch weitere Spenden, um unsere Ausgaben zu decken.

Rück- und Ausblick

Im Jahr 2017 haben wir ca. 1400 Menschen in asyl-, aufenthalts- sowie sozialrechtlichen Belangen, bei psychosozialen Fragestellungen und Krisen beraten und begleitet. Neben der individuellen Beratung ist es uns als Verein sehr wichtig uns auch über individuelle Fälle hinaus politisch einzumischen. Ein Beispiel dafür ist unser Engagement gemeinsam mit afghanischen Geflüchteten und anderen Aktivistinnen und Aktivisten im Aktionsbündnis „Trugbild sicheres Afghanistan“. An einer gemeinsam organisierten Veranstaltung im Haus der Kirche zur aktuellen Situation in Afghanistan nahmen über 200 Personen teil. Zudem haben wir gemeinsam Demonstrationen und Mahnwachen organisiert, um gegen die menschenfeindlichen Abschiebungen nach

Afghanistan und anderswo öffentlich zu protestieren. Ein weiteres aktuelles und wichtiges Thema für unseren Verein ist die Verweigerung des Familiennachzugs. Auch hier haben wir uns politisch klar auf Seiten der Geflüchteten positioniert, Kontakt mit Vertreter_innen der Lokalpolitik aufgenommen und streiten dafür, dass Menschen endlich ihre Rechte wahrnehmen können.

An dieser Stelle möchten wir uns beim Redaktionsteam der ‚grenzenlos‘ und allen Beteiligten bedanken, die diese 11. Ausgabe auf Freiwilligenbasis und mit viel Engagement erstellt haben.

Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen im Jahr 2018!

Herzliche und solidarische Grüße!

Euer Team vom AK Asyl

Ehrenamtliche Vormundschaften für junge Geflüchtete in OWL

Seit Juni diesen Jahres setzt der AK Asyl e.V. ein neues Projekt um. Es geht dabei um die Gewinnung, Qualifizierung, Vermittlung sowie Beratung und Unterstützung von ehrenamtlichen Vormündern für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in OWL. Das dreijährige Projekt wird aus Mitteln der Aktion Mensch gefördert. Ziel des Projektes ist es, ein Netzwerk für Vormundschaften und eine Fachstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in OWL aufzubauen.

„Wir freuen uns, dass wir mit diesem Projekt ehrenamtliche Vormünder unterstützen können und damit gleichzeitig die persönliche Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten fördern“, sagt Dr. Zübeyde Duyar, Mitarbeiterin im Projekt. Die jeweiligen Jugendämter und Familiengerichte

werden bei der Suche nach geeigneten ehrenamtlichen Vormündern unterstützt. Darüber hinaus wird fachliche Beratung und Begleitung gewährleistet. Dadurch wird der gesetzlichen Vorrangstellung von ehrenamtlichen Einzelvormundschaften Rechnung getragen. Im Förderzeitraum sollen insgesamt 50 an ehrenamtlicher Vormundschaft interessierte Personen qualifiziert und in der gesamten Region OWL vermittelt werden.

Weitergehende Informationen zum Projekt erhalten Interessierte bei Dr. Zübeyde Duyar, Tel: 0521/546515-41, oder Nagihan Ö. Pehlivan, Tel: 0521/546515-61, oder per E-Mail unter info@vormundschaft-owl.de

Der Schutz von Geflüchteten geht uns alle an – helfen Sie mit!

Solidarität und Hilfe für Geflüchtete ist dringender denn je und wir bitten Sie/Euch heute uns dabei zu unterstützen. Der AK Asyl e.V. bietet umfassende Beratungen an, betreibt politische Öffentlichkeitsarbeit und engagiert sich aktiv in Netzwerken. Im vergangenen Jahr konnten wir ca. 1400 Menschen in asyl-, aufenthalts- sowie sozialrechtlichen Belangen, bei psychosozialen Fragestellungen und Krisen beraten und begleiten. Nicht nur die immer größer werdenden Zahlen geben Auskunft darüber wie wir arbeiten, es sind vor allem die Schicksale und Geschichten unserer Klientinnen und Klienten. An dieser Stelle möchten wir beispielhaft von einer Unterstützungssituation berichten:

Frau M. floh aus einem afrikanischen Land nach Deutschland. Bereits in ihrem Herkunftsland erfuhr sie erhebliche Gewalt: Als Kind musste sie eine Genitalbeschneidung erdulden, als Jugendliche wurde sie von ihrem Vater an einen deutlich älteren Mann zwangsweise verheiratet, wurde geschlagen und erfuhr sexualisierte Gewalt. Sie hatte große Angst vor der Anhörung im Rahmen des Asylverfahrens und ist von ihren Erlebnissen im Herkunftsland und auf der Flucht traumatisiert. Mit Unterstützung einer Sprachmittlerin arbeitete eine Mitarbeiterin des AK Asyl e.V. in einem intensiven Gespräch ihre persönlichen Fluchtgründe auf und erstellte eine aufenthaltsrechtliche Empfehlung. Ziel war es, sie in der Wahrnehmung ihrer Rechte nach der Genfer Flüchtlingskonvention zu stärken und auf ihre Anerkennung im Asylverfahren hinzuwirken. Ohne eine umfassende soziale, psychologische und aufenthaltsrechtliche Begleitung wäre sie in der ihr noch bevorstehenden Anhörungssituation beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kaum in der Lage, von der erlebten Gewalt im Herkunftsland und auf der Flucht detailliert zu berichten. Auf dem langen und belastenden Weg der Anerkennung als Flüchtling hat sie in den Mitarbeiter*innen des AK Asyl e.V. zuverlässige und kompetente Ansprechpersonen, die sie auch weiter in aufenthaltsrechtlichen Fragen begleiten und unterstützen werden.

Die dargestellte Geschichte zeigt wie wichtig es ist, dass Menschen nicht nur mit aufenthaltsrechtlichen Problemlagen eine kompetente parteiliche Beratung und individuelle Unterstützung erhalten.

Es gibt noch viel zu tun und für diese Arbeit benötigen wir fortlaufend Spenden!

Neben der individuellen Beratung ist es uns sehr wichtig uns auch politisch einzumischen. Ein Beispiel dafür ist unser Engagement gemeinsam mit afghanischen Geflüchteten und anderen Aktivist*innen im Aktionsbündnis „Trugbild sicheres Afghanistan“. An einer gemeinsam organisierten Veranstaltung im Haus der Kirche zur aktuellen Situation in Afghanistan nahmen

über 200 Personen teil. Zudem haben wir gemeinsam Demonstrationen und Mahnwachen organisiert, um gegen die menschenfeindlichen Abschiebungen nach Afghanistan und anderswo öffentlich zu protestieren. Ein weiteres aktuelles

und wichtiges Thema für unseren Verein ist die Verweigerung des Familiennachzugs. Auch hier haben wir uns politisch klar auf Seiten der Geflüchteten positioniert, Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Lokalpolitik aufgenommen und streiten dafür, dass Menschen endlich ihre Rechte wahrnehmen können.

Diese Arbeit fordert nicht nur das Engagement unserer Mitarbeiter*innen und zahlreicher Ehrenamtlichen, sie kostet auch Geld. Um unsere noch immer so notwendige Arbeit fortführen zu können, benötigen wir Ihre/Eure Unterstützung. Für das laufende Jahr haben wir trotz eingeworbener Fördergelder noch eine Finanzierungslücke, die dringend gedeckt werden muss damit wir unsere Arbeit auch in 2018 fortsetzen können.

Jede Spende ist hilfreich! Egal, ob ein kleiner oder großer Betrag, ob einmalig oder regelmäßiger Dauerauftrag.

Auch praktische Hilfe ist für unsere Arbeit eine große Unterstützung. Weitere Informationen dazu auf Seite 10.

Spendenkonto des AK Asyl e.V.

| IBAN: DE96430609674037753100 |

| BIC: GENODEM1GLS |

GLS Gemeinschaftsbank

Unsere Beratungsangebote

Der AK Asyl e.V. bietet verschiedene Beratungsangebote für Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus an: Regionalberatung, Verfahrensberatung, Uniberatung, sowie Beratung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete und für traumatisierte Geflüchtete. Weitere Informationen, Kontaktdaten und die aktuellen Sprechzeiten finden Sie/findet ihr auf der Homepage: www.ak-asyl.info

Regionalberatung

Für wen ist die Beratung?

Die Beratung unterstützt Geflüchtete mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die in Bielefeld und im Kreis Gütersloh leben. Geflüchtete aus anderen Regionen werden an dortige Beratungsstellen vermittelt.

Wobei hilft die Beratung?

Die Geflüchteten werden in ihren Belangen gegenüber Behörden und Institutionen unterstützt. Dabei geht es uns um den öffentlichen Einsatz für die Rechte Geflüchteter, aber auch um Unterstützung beim Verständnis der komplizierten Gesetze. Die Unterstützungsarbeit ist anonym und ergebnisoffen. Sie soll die Geflüchteten zur Selbsthilfe befähigen. Die Geflüchteten werden informiert, wie das Asylverfahren abläuft und welche Arten von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen es gibt. Sie erfahren, wie Familien zu ihnen ziehen können, und wie viel Geld ihnen zusteht. Wenn ihnen eine Abschiebung angekündigt wurde, erhalten sie Hilfe bei der Widerspruchsklage. Außerdem werden ihnen Möglichkeiten gezeigt, sich über die Situation in ihren Heimatländern zu informieren.

Wer berät?

Durcan Kaya, Özkan Aksoy, Tobias Reher und Okan Uludasdemir vom AK Asyl Bielefeld; gegebenenfalls werden Anwalt*innen, Ärzt*innen usw. hinzugezogen. Klient*innen, die zum ersten Mal kommen, wenden sich bitte an die Erstkontaktstelle. Die aktuellen Sprechzeiten sind auf der Homepage des AK Asyl zu finden.

Beratung für unbegleitete, minderjährige Geflüchtete

Für wen ist die Beratung?

Unbegleitete, minderjährige Geflüchtete sowie ihre Betreuungspersonen und -einrichtungen in Bielefeld und Umgebung

Wobei hilft die Beratung?

Die Jugendlichen werden in einem Erstgespräch über ihre Rechte und Pflichten als unbegleitete, minderjährige Geflüchtete aufgeklärt. Die Beratung umfasst dabei neben der Klärung der aufenthalts- bzw. asylrechtlichen Vorgehensweise sowie der jeweiligen Verfahren nach dem Aufenthalts- und Asylgesetz auch Fragen nach dem Kinder- und Jugendhilferecht sowie auch die Aufklärung über das Vormundschaftsverfahren vor dem Familiengericht. Im Falle einer Asylantragstellung werden die Jugendlichen außerdem auch auf ihre bevorstehende Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorbereitet. Bei ihrer Anhörung werden sie dann von den jeweiligen Vormündern oder Bezugspersonen begleitet.

Diese Beratung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den sogenannten Clearingeinrichtungen und anderen Jugendhilfeeinrichtungen in Bielefeld und Umgebung, in denen die Jugendlichen untergebracht werden. Darüber hinaus werden für die Mitarbeiter*innen dieser Einrichtungen und der Jugendämter sowie für die Vormünder und ehrenamtliche Unterstützer*innen der Jugendlichen regelmäßig Schulungen und Fortbildungen angeboten bzw. für andere Träger durchgeführt.

Wer berät?

Kristin Nahrman, Nagihan Ö. Pehlivan und Dr. Zübeyde Duyar; gegebenenfalls werden juristische oder medizinische Fachleute hinzugezogen

Asylverfahrensberatung

Für wen ist die Beratung?

Alle Menschen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen wollen oder sich bereits im Asylverfahren befinden. Insbesondere werden Beratungszeiten in der Erstaufnahmeeinrichtungen EAE Südring und EAE Oldentruper Hof, sowie in der Zentralen Ausländerbehörde angeboten.

Wobei hilft die Beratung?

Die Asylbewerber*innen werden zunächst über den Ablauf des Asylverfahrens und ihre wesentlichen Rechte und Pflichten als Asylantragsteller*innen aufgeklärt. Dabei werden sie insbesondere auf ihre bevorstehende Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vorbereitet. Bei der Anhörung geht es vor allem um Fragen zum Reiseweg und zu den Fluchtgründen. Nach Wunsch und bei Bedarf stellen die Mitarbeitenden der Verfahrensberatung bei der Bezirksregierung auch Zuweisungsanträge für die einzelnen Asylbewerber*innen und begleiten sie zum BAMF oder zur Zentralen Ausländerbehörde. Die Beratung unterstützt außerdem bei Fragen zu Finanzen, Bildung, und Unterbringung.

Wer berät?

Johanna Hermann, Arija Faizy, Jinga Rosa Rempe, Paulina Müller und Durcan Kaya vom AK Asyl.

Psychosoziales Zentrum (PSZ) für traumatisierte Flüchtlinge

Für wen ist die Beratung?

Traumatisierte Geflüchtete in Bielefeld und Umgebung

Wobei hilft die Beratung?

Ziel des Psychosozialen Zentrums ist es, speziell für traumatisierte Geflüchtete in Bielefeld und Umgebung ein sozialarbeiterisches Angebot in Verbindung mit psychotherapeutischen Maßnahmen einzurichten. Hierzu zählen Einschätzungen möglicher Traumafolgeerkrankungen und in begrenztem Umfang Therapieangebote. Für den Erstkontakt mit Geflüchteten wird eine Telefonsprechstunde angeboten. In einem Erstgespräch in den Räumen des AK Asyl Bielefeld werden die aktuelle Situation und der Bedarf an Unterstützung besprochen. Anschließend wird gegebenenfalls an die kooperierende Klinik oder ambulante Psychotherapeut*innen vermittelt. Hier unterstützt der AK Asyl Bielefeld die Klient*innen bei der Beantragung der Kostenübernahme für Psychotherapie, Eingliederungshilfen sowie anderer psychiatrisch verordneter Maßnahmen. Es werden außerdem Schulungen, Fortbildungen und Supervisionsangebote für Unterstützer*innen angeboten, die in die Begleitung der Geflüchteten eingebunden sind.

Wer berät?

Mitarbeiter*innen des AK Asyl Bielefeld (Kathrin Dallwitz, Friederike Schleiermacher, Lina Honens), Jinga Rosa Rempe in Zusammenarbeit mit der „Klinik für Psychotherapeutische und Psychosomatische Medizin“ des Evangelischen Krankenhauses Bielefeld (EvKB)

Uniberatung

Für wen ist die Beratung?

Geflüchtete und internationale Studierende

Wobei hilft die Beratung?

Die Beratung ist bei Anliegen mit der Ausländerbehörde behilflich, z.B. in Sachen Aufenthaltsrecht, bei Studienzeitverlängerungen, finanziellen Problemen

oder der Zeit nach dem Studienabschluss. Außerdem ist es möglich, erste Informationen zu Aufnahme eines Studiums für Geflüchtete zu erhalten.

Wer berät?

Okan Uludasdemir vom AK Asyl Bielefeld in Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der Universität Bielefeld und dem AStA der FH Bielefeld.

Mitmachen beim AK Asyl

Die Arbeit des AK Asyl wird von vielen engagierten Freiwilligen unterstützt, ohne die wir uns nie so erfolgreich für Geflüchtete einsetzen könnten. Die Möglichkeiten, sich bei uns zu engagieren, sind vielfältig. Von der Begleitung bei Behördengängen über das Dolmetschen bei Beratungen bis hin zu kreativen und technischen Aufgaben gibt es immer etwas zu tun. Alle können sich mit ihren individuellen Fähigkeiten einbringen. Ehrenamtskoordinator Hendrik Unger unterstützt die Arbeit der Ehrenamtlichen und steht für Fragen und Wünsche zur Verfügung.

Für alle weiteren Fragen wendet euch an mitmachen@ak-asyl.info

AG Info-Verteilung

Warum gibt es die AG?

Aktuell kommen viele Menschen nach Bielefeld, die ein Asylverfahren in Deutschland durchlaufen. Ihre Anlaufpunkte sind die "Zentrale Ausländerbehörde" (ZAB) und das "Bundesamt für Migration und Flüchtlinge" (BAMF). Dort warten sie auf ihre Registrierung und die Bearbeitung ihres Asylantrags.

Was macht die AG?

Die AG Info-Verteilung ist jeden Tag an diesen Anlaufstellen als Ansprechpartner*in vor Ort. Sie verteilt in vielen Sprachen die "Information zur Anhörung im Asylverfahren". Dieses Merkblatt enthält wichtige Hinweise zum Verfahren und informiert die Wartenden über ihre Rechte.

Wie kannst Du mitmachen?

Wir wollen nach Möglichkeit täglich in der ZAB und im BAMF in Bielefeld Infos verteilen. Dafür suchen wir ab sofort Unterstützung! Die Verteilung findet immer morgens ab 9 Uhr statt. Besondere Vorkenntnisse sind nicht notwendig. Meldet euch unter ag-infoverteilung@ak-asyl.info

AG Pressearbeit

Warum gibt es die AG?

Neben der direkten Unterstützung von Geflüchteten leistet der AK Asyl e.V. auch politische Aufklärungsarbeit. Der AK Asyl e.V. informiert die Öffentlichkeit über die eigene Arbeit und die asylpolitischen Entwicklungen in der Region.

Was macht die AG?

Die AG initiiert, verfasst und versendet Pressemitteilungen des AK Asyl e.V. zu aktuellen lokalen Entwicklungen. Auch ist die AG für Kontakte mit Journalist_innen zuständig und beantwortet Fragen selbstständig oder vermittelt (z.B. für Hintergrundgespräche oder Interviews) an kompetente Ansprechpersonen.

Die AG trifft sich regelmäßig einmal im Monat zu Besprechungen und bei Bedarf zu Workshops. Für die Kommunikation abseits der persönlichen Treffen, steht ein E-Mail-Verteiler zur Verfügung, der rege genutzt wird.

Wie kannst Du mitmachen?

Interesse an der Arbeit des AK Asyl e.V. sowie am Kontakt mit Medien ist die Grundvoraussetzung zur Mitarbeit in der Presse-AG. Spaß am Verfassen von Texten ist eine weitere nicht unerhebliche Eigenschaft, die du mitbringen solltest. Bestenfalls verfügst du bereits über journalistische Erfahrungen, und wir können voneinander lernen. Auch wenn du noch keine Erfahrungen besitzt und uns unterstützen willst, bist Du aber herzlich willkommen! Du erreichst uns unter presse@ak-asyl.info

AG Homepage

Warum gibt es die AG?

Die Homepage des AK Asyl e.V. ist ein Informations-, Hilfs- und Serviceangebot. Es bietet eine Übersicht über die Aktivitäten und Unterstützungsangebote des Vereins. Dabei sollen die unterschiedlichen Ansprüche und Wünsche der verschiedenen Nutzer*innen - hilfeschende Geflüchtete, Vereinsmitglieder, Unterstützer*innen und andere - berücksichtigt werden.

Was macht die AG?

Die AG kümmert sich um die technische Infrastruktur hinter der Homepage und bemüht sich um die Erweiterung und ansprechende Gestaltung der Inhalte. Außerdem wird für alle Nutzer*innen ein möglichst barrierefreier Homepage-Zugang angestrebt. Dazu gehört zum Beispiel die mehrsprachige Bereitstellung der Inhalte.

Wie kannst du mitmachen?

Gesucht werden Menschen, die Spaß am Schreiben und Redigieren von Texten oder am Gestalten von Grafiken haben. Auch über Unterstützung beim weiteren Übersetzen von Texten freuen wir uns. Außerdem würden wir gerne mehr mit Fotos arbeiten - wer hieran Spaß hat, kann sich ebenfalls gerne melden. Wer sich bei der Technik einbringen will (Content Management System: typo3), ist bei uns ebenfalls herzlich willkommen. Wir sind keine Profis und lernen miteinander. Meldet euch bei homepage@ak-asyl.info

AG Medizinische Flüchtlingshilfe

Warum gibt es die AG?

Viele Flüchtlinge in Deutschland werden nur im Notfall oder sogar überhaupt nicht medizinisch versorgt. Gerade wenn ein Mensch keine Papiere besitzt, ist es für ihn schwierig, Zugang zu einer umfassenden medizinischen Versorgung zu erhalten.

Was macht die AG?

Die AG Medizinische Flüchtlingshilfe (MFH) vermittelt Menschen ohne Papiere bei Bedarf an Ärzt*innen verschiedener Fachrichtungen und setzt sich für das Recht auf eine umfassende und menschenwürdige medizinische Versorgung auch von Abschiebehäftlingen ein. Mit Spendensammlungen für Impf- oder Medikamentenkosten leistet sie politische Öffentlichkeitsarbeit.

Die AG hat momentan etwa 50 Anfragen pro Jahr, die zum überwiegenden Teil per Telefon eingehen. Die Anfragen werden auf ein Bereitschafts-Handy weitergeleitet, sodass die betroffenen Flüchtlinge oder die für sie anrufenden Beratungsstellen die AG direkt erreichen können. Eine Person aus dem MFH-Team versucht dann, möglichst sofort einen Termin in einer Arztpraxis auszumachen.

Wie kannst Du mitmachen?

Für die telefonische Vermittlung ist es notwendig, sich mit der rechtlichen Situation von Menschen ohne Papiere ebenso vertraut zu machen wie mit Organisationsabläufen in Arztpraxen und den Gesundheitsstrukturen in Bielefeld. Es kann längere Zeit keinen Handlungsbedarf geben, manchmal aber auch mehrere Anfragen pro Woche. Daher setzt die Vermittlungsarbeit – nach Absprache im Team – eine gute, flexible und verbindliche Erreichbarkeit und ein langfristiges Interesse voraus.

Wer lieber nur ab und an aktiv wird, kann z.B. Spendensammel-Ideen verwirklichen, bei einer Soli-Aktion Waffeln zugunsten der MFH backen, einen Info-Stand betreuen oder bei öffentlichen Anlässen etwas über die MFH erzählen. Bei weiteren Fragen sind wir unter 0521/787152-45 oder per Mail unter mfh@ak-asyl.info zu erreichen.

"Women in Exile and friends Bielefeld" beim internationalen Frauen*-Kampftag

„Women in Exile and friends Bielefeld“ demonstrieren am internationalen Frauen*kampftag für die Rechte von Frauen weltweit und für die Sichtbarmachung der Situation geflüchteter Frauen* in Deutschland.

Am 8. März 2017 hat sich die Gruppe „Women in Exile and friends Bielefeld“ der Demo zum internationalen Frauen*kampftag angeschlossen. Die Demo wurde von verschiedenen Gruppen organisiert (Interventionistische Linke, FemRef* der Uni Bielefeld, Care-Netzwerk Bielefeld, JXK, Ciwanên Azad Bielefeld, Kurdischer Frauenrat Bielefeld, Jinên Ciwanên Azad Bielefeld, Dachverband des Êzidischen Frauenrats e.V., etc.) und fand am Abend des 8. März 2017 mit einer Kundgebung am Jahnplatz bis zum Hauptbahnhof statt.

Die Gruppe „Women in Exile and friends Bielefeld“ trug am Jahnplatz einen Redebeitrag vor und machte so auf die Situation geflüchteter Frauen in Deutschland aufmerksam. Die Rede wurde auf persisch, arabisch, englisch, französisch und deutsch verlesen.

Hier die von der Gruppe verfasste Rede in ihrer deutschen Fassung:

Wir stehen hier heute am internationalen Frauen*kampftag um auf die Situation von geflüchteten Frauen* aufmerksam zu machen. Leider findet in der Öffentlichkeit die spezifische Situation nichtdeutscher Frauen* wenig Beachtung. Dies passiert auch, wenn über Frauen*rechte gesprochen wird. Die Gruppe „Women in Exile and Friends Bielefeld“ setzt sich aus Frauen* mit und ohne Fluchterfahrung zusammen. Wir glauben, dass gemeinsamer Widerstand gegen rassistische und sexistische Strukturen für uns alle wichtig ist und wir uns gegenseitig in unserem Kampf unterstützen müssen.

Gewalt gegen Frauen* und Kinder findet auf der ganzen Welt statt. Es ist wichtig, dass diese gesehen und bekämpft wird. Alle Menschen haben ein Recht

auf Sicherheit und Schutz, egal woher sie kommen und egal welches Geschlecht sie haben. Frauen* fliehen aus unterschiedlichen Gründen: Vor Krieg, politischer Verfolgung, patriarchalen Gesellschaftsstrukturen, fehlendem Recht auf Meinungsäußerung, Beschneidung, Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution und vielem mehr. Hier in Deutschland versuchen wir Frauen* Sicherheit und Freiheit zu erlangen. Wir wollen gleiche Rechte für alle Geschlechter. Jedoch ist dies auch hier in Deutschland nicht der Fall. Durch schlechte Wohnverhältnisse, ein ungerechtes Asylsystem und die politischen Zustände innerhalb Deutschlands können wir immer noch nicht frei leben. In Lagern und Un-



Quelle: Women in Exile Bielefeld (Facebook)

terkünften gibt es zum Teil keine getrennten Wasch- und Toilettenmöglichkeiten. Es fehlt an Aufklärung über das Asylverfahren. Auch die Möglichkeiten eines Deutschkurses sind häufig nicht gegeben. Zudem haben wir schlechten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Wir müssen warten und fühlen uns immer noch gefangen, wie eine Maus in der Falle. Das ständige Warten und auch die rassistische Realität in Deutschland, mit der wir konfrontiert sind, setzen uns psychisch unter Druck. Wir suchen hier ein Zuhause, welches uns verwehrt wird!

Frauen* und Kinder sind Lebensbedingungen ausgesetzt, die ihre sowieso traumatische Situation noch verschlimmern. Es braucht sichere Räume für uns und unsere Kinder.

Als Flüchtlingsfrauen* haben wir die Erfahrung dop-

Vor der Haustür

pelter Diskriminierung gemacht, nicht nur als Geflüchtete durch die rassistischen Gesetze, sondern auch als Frauen*. Wir sind Frauen*, die in dieser Gesellschaft leben, aber unsere grundlegendsten Rechte als Frauen* werden uns vorenthalten. Die Realitäten von geflüchteten und migrantischen Frauen* in dieser Gesellschaft werden unsichtbar gemacht, wenn wir nur als stimmlose Opfer angesehen werden.

Die Ereignisse der Silvesternacht 2015 in Köln sind für keine Frau*, besser gesagt für keinen Menschen, akzeptabel – völlig egal welcher Hautfarbe, Religion oder Herkunft. Was in Köln passiert ist, sollte nicht so dargestellt werden, als wäre es der einzige Fall sexualisierter Übergriffe in dieser so genannten zivilisierten Gesellschaft. Gewalt gegen Frauen* hat sehr unterschiedliche Formen und wird von Männern* weltweit ausgeübt, auch deutsche Männer* sind Täter. Und nur die wenigsten sexualisierten Übergriffe und die wenigsten Vergewaltigungen werden in dieser Gesellschaft geahndet, geschweige den strafrechtlich verfolgt.

Stattdessen passiert, was immer wieder geschieht und so auch nach der Silvesternacht 2015: Politische Entscheidungsträger_innen führen im Namen von „Frauen*rechten“ neue diskriminierende Gesetze ein um Abschiebungen durchzusetzen. Flüchtlinge abzuschicken, um Frauen zu schützen, ist genauso absurd und verlogen wie Angriffskriege im Namen der Frauenrechte zu führen. Für welche Frauen* sind diese Gesetze?

Wir, als ‚Women in Exile and Friends‘, widersprechen dieser Art der Spaltung zwischen uns. Für Frauen*rechte zu kämpfen bedeutet für ALLE Frauen* und ihre Rechte zu kämpfen. Und es bedeutet auch gegen andere Diskriminierungsformen wie beispielsweise Rassismus gemeinsam zu kämpfen. Für uns kann es nur einen antirassistischen Feminismus geben! Daher stehen wir hier und wiederholen unsere Forderungen immer wieder laut und deutlich:

Keine Lager für Frauen* und Kinder! Alle Lager abschaffen!

Anerkennung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe!

Keine Legitimierung von Abschiebungen und neuen diskriminierenden Gesetzen im Namen von Frauen*rechten!

Geflüchtete Frauen* müssen endlich vor sexualisierter Gewalt, Belästigung und psychischer Gewalt geschützt werden!

Auf dass das Massensterben an den Außengrenzen ein Ende hat, auf dass jeder Mensch dort Leben kann wo er_sie es will!

Mehr Informationen zur Gruppe ‚Women in Exile and friends Bielefeld‘ und ihren Aktionen gibt es auf Facebook (Women in Exile Bielefeld).



Quelle: Internationaler Frauen*-Kampftag Bielefeld (<http://ifktbielefeld.blogspot.de/>)

„Ein Zeichen setzen“ Gerichtsprozess um einen Brandanschlag auf Geflüchtete in Porta Westfalica

Von Clement Friedmann und Ulli Hoffmann

Mit extrem rechten Einstellungen wollten die vier Angeklagten nichts zu tun haben, die wegen eines Anschlags auf eine Geflüchteten-Unterkunft vor Gericht standen und kürzlich vom Landgericht Bielefeld verurteilt wurden. Man sei unpolitisch und habe lediglich „ein Zeichen“ setzen wollen. Das Gericht wertete die Tat als gemeinschaftlich begangene schwere Brandstiftung.

Am späten Abend des 14. Septembers 2015 warfen im Ortsteil Eisbergen der ostwestfälischen Stadt Porta Westfalica (Kreis Minden-Lübbecke) zwei Männer jeweils einen Molotow-Cocktail gegen eine Unterkunft für Geflüchtete. Zum Zeitpunkt des Anschlages lebten dort 37 Menschen. Einer der Brandsätze verfehlte das Küchenfenster nur knapp, hinter dem sich ein Bewohner mit seiner Tochter aufhielt. Glücklicherweise reichte er nicht aus, um größeren Schaden anzurichten, das Feuer konnte von den Bewohner_innen gelöscht werden, nachdem sich die Täter entfernt hatten. Der zweite Brandsatz landete am Zaun der Unterkunft und entzündete sich nicht. Der Sachschaden war gering, doch für die Bewohner_innen blieb der Angriff ein einschneidendes Erlebnis. Auf Grundlage der Spurensicherung am Tatort konnte die Polizei einen der Täter ermitteln – und über ihn drei weitere Tatbeteiligte, alle im Altersbereich Ende 20, Anfang 30.

Bewertungs- und Zuständigkeitsdifferenzen

Im Oktober 2016 begann der Prozess gegen drei Männer und eine Frau – zunächst vor dem Amtsgericht in Minden wegen gemeinschaftlich versuchter schwerer Brandstiftung. Das Amtsgericht wollte den Fall zuvor in die Zuständigkeit des Bielefelder Landgerichts abgeben, da es die Möglichkeit in Betracht zog, dass sich die Angeklagten des versuchten Mordes schuldig gemacht haben könnten. Doch das Landgericht beurteilte die Tat nach Aktenlage als versuchte schwere Brandstiftung und verwies das Verfahren zurück. Dass es letztendlich doch noch zum Prozess von dem Landgericht kam, ist auf die

ersten Verhandlungstage vor dem Amtsgericht zurückzuführen, bei denen sich die beiden Molotow-Cocktail-Werfer Christian W. und Dennis R. zu den Vorwürfen geäußert hatten. R. ließ durch seinen Anwalt eine Erklärung verlesen: Man habe an besagtem Abend zusammen mit weiteren Personen Alkohol getrunken und über das Thema Geflüchtete diskutiert. Irgendjemand hätte dann angeregt, dass man „etwas tun“ müsse. Er, W. und Mario V. hätten dann gemeinsam die Molotow-Cocktails gebaut. Danach seien sie von Nadine K. mit dem Auto zur nahen Unterkunft gefahren worden, dort seien er und W. ausgestiegen. Dann habe er seinen Brandsatz entzündet und in Richtung des Hauses geworfen. Anschließend sei er geflohen. W. bestätigte diese Schilderung im Wesentlichen und führte zudem aus, er hätte den zweiten mitgeführten Brandsatz nicht angezündet und diesen auch nicht auf das Haus geworfen, sondern auf den Rasen davor. Auf Nachfrage gab er an, plötzlich Angst bekommen zu haben bei der Vorstellung, dass jemand verletzt oder gar getötet werden könnte. Diese Aussage dürfte mit dafür verantwortlich sein, dass der Fall abermals an das Landgericht verwiesen wurde, da nun ein hinreichender Tatverdacht einer gemeinschaftlich versuchten Tötung in Tateinheit mit versuchter schwerer Brandstiftung bestand.

Der Landgerichtsprozess

Der Prozess vor dem Landgericht in Bielefeld gegen die vier Angeklagten begann am 28. Februar 2017. Schon vor Beginn der Verhandlung hatte die Kammer die Angeklagten darauf hingewiesen, dass ihr Handeln auch als versuchter Mord – heimtückisch begangen und mit niederen Beweggründen – bewertet werden könnte. Daher ging es dann schwerpunktmäßig um die Einordnung der Tat, eingestanden hatten die Angeklagten diese ja bereits zuvor.

Als Zeug_innen und Sachverständige befragt wurden Staatsschutzbeamte, ein Brandsachverständiger, ein Psychologe und drei Frauen, die am Tatabend vor

dem Aufbruch zur Unterkunft mit den Angeklagten zusammen waren. Ein Bewohner der Unterkunft und Nebenkläger, berichtete dem Gericht, er habe sich zum Zeitpunkt des Anschlags mit seiner erst wenige Monate alten Tochter in der Küche der Unterkunft aufgehalten. Nur knapp einen Meter neben dem beleuchteten Küchenfenster habe der Brandsatz die Gebäudewand getroffen. A. schilderte, dass er seitdem in ständiger Angst um seine Kinder lebe und befürchte, dass sich ein solcher Angriff wiederholen könnte.

Reichskriegsflagge und Hitlerbild

Insbesondere von der Staatsanwältin und Nebenklage auf ihre politische Gesinnung angesprochen, betonten die Angeklagten im Prozess immer wieder, sie seien unpolitisch und keineswegs „rechtsradikal“. In gemeinsam genutzten Räumen der Hausgemeinschaft, in der zum Zeitpunkt der Tat neben V. auch die Angeklagten K. und R. lebten, hingen jedoch eine Reichskriegsflagge und ein Hitler-Portrait. Auch auf Facebook machten die Angeklagten kein Geheimnis aus ihrer politischen Einstellung. Beiträge der NPD sowie Artikel über den Anschlag auf eine Unterkunft im nahen Salzhemmendorf wurden geteilt, und W. wählte als Profilbild eine Reichskriegsflagge. Dazu befragt äußerte er: „Die Reichskriegsflagge steht für Deutschland. Für sonst nichts.“ Man habe es als ungerecht empfunden, dass Geflüchteten Handys und Fahrräder zur Verfügung gestellt bekommen würden, was nicht den Tatsachen entspricht. Mit dem lebensbedrohlichen Angriff hätte man „ein Zeichen“ setzen wollen.

Urteile und Einschätzung

In ihrem Plädoyer forderte die Staatsanwaltschaft, die Angeklagten Dennis R., Mario V. und Christian W. wegen versuchten Mordes und die Angeklagte Nadine K. wegen Beihilfe zu verurteilen. Letztendlich wurden die drei Männer am 23. März 2017 wegen gemeinschaftlicher schwerer Brandstiftung und K. wegen Beihilfe verurteilt. Dabei hob das Gericht den rechten beziehungsweise rassistischen Tathintergrund hervor. Gegen R., V. und W. wurden vierjährige Freiheitsstrafen verhängt, K. erhielt eine 18-monatige Bewährungsstrafe. Gegen das Urteil wurde von den Verteidigern der Täter Berufung eingelegt.

Doch obwohl im Prozess der rassistische Tathintergrund letztendlich nicht verschwiegen wurde, zeigt sich die Schwierigkeit, rassistische Gewalt als solche zu thematisieren. Richter und Verteidiger fokussierten immer wieder auf den sozialen Status der Angeklagten: Mangelnde Ausbildung, Arbeitslosigkeit oder mindere Intelligenz. Damit wurde einmal mehr versucht, Rassismus als Randgruppenphänomen darzustellen, ohne Verbindung zur Mitte der Gesellschaft. Auch bei anderen Anschlügen auf Geflüchteten-Unterkünfte in den letzten Jahren, bei denen die Täter_innen ermittelt werden konnten, kamen diese nicht aus der organisierten extremen Rechten, handelten jedoch mit rechter und rassistischer Motivation. Rassistische Gewalt als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses zu sehen und als solchen auch in der juristischen Auseinandersetzung zu thematisieren, bleibt also nach wie vor eine Herausforderung.

Dieser Artikel ist erstmals in „LOTTA - Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen“ #66 erschien. Mit freundlicher Genehmigung erscheint er hier mit kleinen Änderungen. Die LOTTA ist in gut sortierten linken Buchläden, Infoläden und autonomen Zentren erhältlich. Weitere Informationen im Internet unter: www.lotta-magazin.de

Vom Asyl- zum Ausreisensystem Neuerungen in der Rückkehrförderung und das Integrierte Rückkehrmanagement

Von Sophia Stockmann

Die Bundesregierung steckt in den letzten Jahren und Monaten viel Geld und Ressourcen in den Ausbau der Rückkehrförderung. Dabei werden einige bestehende Angebote, wie beispielsweise die lokalen Beratungsstellen zur Rückkehr, ausgebaut und neue Angebote geschaffen. Ziel ist es, die Menschen so früh wie möglich davon zu überzeugen, dass eine Zukunft in Deutschland für sie keine sinnvolle Alternative ist.

Ein Kernelement dabei ist das „Integrierte Rückkehrmanagement“, das seit Ende 2014 von einer eigenen Bund-Länder-Koordinierungsstelle betrieben wird. Das Ziel ist, die „engere Verknüpfung zwischen zwangsweiser und freiwilliger Rückkehr, insbesondere im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit“, so nachzulesen im Kurzbericht der Koordinierungsstelle zur Innenministerkonferenz vom 25/26 Juni 2015. Abschiebungen und Freiwillige Ausreisen sind „zwei Seiten einer Medaille“. Der Bund macht sich also zum Ziel, vor der Drohkulisse einer kommenden Abschiebung für die freiwillige Rückkehr zu werben. Ausreisepflichtige Menschen sollen vor Augen geführt bekommen, dass Deutschland konsequent abschiebt und sich deswegen für die humanere, billigere und öffentlich weniger auffällige freiwillige Ausreise entscheiden. Dazu werden auf der einen Seite Gesetzesänderungen im Eilverfahren beschlossen, die es den Behörden vereinfachen sollen Abschiebungen durchzuführen und die Lebensbedingungen von Ausreisepflichtigen Personen bis zum Unerträglichen verschärfen. Auf der anderen Seite wird Geld in die Förderung der

freiwilligen Ausreise gepumpt.

Freiwillige Rückreise kann für Einige ein guter und unterstützter Weg zurück in das Herkunftsland sein. Für Viele ist die Freiwillige Rückreise allerdings die einzige Alternative zur Abschiebung. Konfrontiert mit der Alternative zwischen einer Abschiebung, bei der Polizisten plötzlich, zu jeder Tages- und Nachtzeit vor der Tür stehen können und die Betroffenen unter

Zwang und Zeitdruck zum Flughafen schaffen und der Freiwilligen Rückreise entscheiden sich viele für das letztere. Ob die „Freiwillige Rückreise“ also wirklich freiwillig ist – das ist zumindest zweifelhaft.

Starthilfe Plus:

Eine der Neuerungen im Bereich der Freiwilligen Rückkehr ist das Programm „Starthilfe Plus“, das seit Februar 2017 vom BAMF in Kooperation mit dem IOM durchgeführt wird. Das Programm setzt Anreize dafür, sich schon während des laufenden Asylverfahrens für eine Ausreise zu entscheiden. Je früher Flüchtlinge in die freiwillige Ausreise einwilligen, desto höher die Prämien, die sie nach der Ausreise erhalten. Die Ausreise würde mit bis zu 1.200€ pro erwachsener

Person gefördert, wirbt das BAMF.

Das Programm „Starthilfe Plus“ zielt nicht auf die sogenannten „sicheren Herkunftsländer“ ab – diese sind sogar explizit von den Geldern ausgeschlossen. Stattdessen finden sich Afghanistan, Iran, die demokratische Republik Kongo, Eritrea und der Irak auf der Liste der Länder, für die „Starthilfe Plus“ beantragt werden kann. Mit der Einwilligung in die freiwillige Ausreise verpflichten sich die

Denken Sie darüber nach, in Ihr Herkunftsland zurückzukehren?
Informieren Sie sich über die Möglichkeiten einer freiwilligen Rückkehr.

Are you thinking of returning to your country of origin?
Check the possibilities of a voluntary return.

أيا به اين فكر مي كنيد كه به كشور مبدا خود بازگرديد؟
در مورد امكانات در خصوص بازگشت داوطلبانه مطلع شويد.

Songez-vous à rentrer dans votre pays d'origine?
Renseignez-vous sur les possibilités d'un retour volontaire.

هل تفكرون في العودة إلى وطنكم؟ استفسروا عن إمكانيات العودة الطوعية.

Думаете ли Вы о возвращении на вашу Родину?
Проинформируйтесь о возможностях добровольного возвращения.

نایا بیر له طئرانته دکتویت بو وولاتی خوت؟
ئرسیار له ناظری طئرانتهی خو بهمشاله بکته.

NEU: Ab Februar 2017 gibt es mit **StarthilfePlus** eine zusätzliche finanzielle Unterstützung für freiwillige Rückkehrer/innen. Kontaktieren Sie eine Beratungsstelle in Ihrer Nähe.

NEU: From February 2017 on, **StarthilfePlus** is offering additional financial support for voluntary returnees. Contact your local counselling office.

Quelle: www.bamf.de

Antragsstellenden, auf die Weiterführung des Asylverfahrens und Rechtsmittel zu verzichten. Die Bundesregierung bezahlt also Flüchtlinge dafür, ihr Recht auf ein Asylverfahren nicht wahrzunehmen und in ein Land zurückzukehren, in dem die Sicherheitslage zumindest unklar ist. Die Logik, die dahinter steht, ist perfide: lieber frühzeitig etwas Geld bezahlen, als ein faires Asylverfahren durchzuführen und damit zu riskieren, die Menschen langfristig integrieren und beheimaten zu müssen.

Die Werbung für das Programm „Starthilfe Plus“ hängt mittlerweile in der Erstaufnahmeeinrichtung „Hotel Südring“, in den Außenstellen des BAMF vor Ort und selbst in der ZAB – an der Pforte, wo die Menschen sich für das Asylverfahren melden.

Frühzeitige Rückkehrinformation im Asylverfahren

Ab Juni 2017 erhält jede*r, der seinen Asylantrag in Deutschland stellt, eine „Erstinformation zur freiwilligen Rückreise“. Diese Rückkehrinformation ist während der Antragsstellung beim BAMF vorgesehen, also noch vor der Anhörung zu den persönlichen Fluchtgründen. Das BAMF verspricht, dabei keine Beratung hin zur freiwilligen Ausreise zu machen und auf eine neutrale, sachliche Darstellung zu achten. Trotzdem bleibt der bittere Beigeschmack, dass hier Menschen, die gerade erst in Deutschland angekommen sind, schon mit Werbung über die Rückkehr konfrontiert werden.

Die ersten Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass die Menschen von den Informationen irritiert und verunsichert sind. Ein Klient berichtete, dass er direkt nach der Antragsstellung und der Rückkehrinforma-

tionen eine Erstberatung bei der Arbeitsagentur hatte – auch diese Behörde ist mittlerweile im BAMF vertreten. Er war sehr irritiert: „Erst geben sie mir Informationen, wie ich zurück ins Heimatland komme, dann erklären sie mir, wie ich eine Arbeit in Deutschland finde. Das ist doch absurd.“

Fazit

In vielen Fällen – wenn eine Person sich selber die Rückkehr ins Heimatland wünscht und in Deutschland keine Perspektive für sich sieht – kann die Freiwillige Rückkehr eine gute Lösung sein und den Rückkehrenden einen leichteren Start in das Leben im Herkunftsland ermöglichen. Als übergeordnete Entwicklung im Bereich der Migrationspolitik und –verwaltung ist der Ausbau der Rückkehrförderung allerdings kritisch zu sehen. Der Ansatz des „Integrierten Rückkehrmanagement“ spielt mit der Angst und Sorge der Menschen, nach einem negativen Asylverfahren abgeschoben zu werden. Durch die immer frühere Werbung für die Freiwillige Ausreise bekommen die Asylbewerber*innen ständig vor Augen geführt, dass sie nicht sicher in Deutschland sind und die Ablehnung und Abschiebung droht. Insbesondere im Kontext der weiteren Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre und der restriktiven Entscheidungspraxis des BAMF entwickelt sich das Asylsystem in Deutschland immer weiter in Richtung eines Abschiebe- und Ausreisensystems. Nicht die angemessene und menschenwürdige Aufnahme steht im Fokus des Gesetzgebers, sondern die frühzeitige Abschreckung und Ausweisung.

Afghanistan ist nicht sicher, schon gar nicht für Rückkehrer*innen!

Von Friderike Schleiermacher

Obwohl die Bundesregierung würdigt, dass die Sicherheitslage in Afghanistan nicht optimal ist, wird seit diesem Sommer wieder dorthin abgeschoben. Es sei für abgelehnte Asylbewerber sicher genug, um dort zu leben. Dabei wird die Sicherheit hauptsächlich an der Gefahr durch Anschläge festgemacht: Wie wahrscheinlich ist es, in Afghanistan bei einem Anschlag getroffen zu werden? Diese Wahrscheinlichkeit wird dann auch schon mal mit derjenigen verglichen, hier in Deutschland einen Autounfall zu erleiden. Das ist nicht nur zynisch, es trifft noch nicht einmal die Realität.

Im Jahr 2016 kamen nach der offiziellen Statistik durch den innerstaatlichen Konflikt 11.418 Zivilpersonen ums Leben. Aber Statistiken umfassen lediglich registrierte Daten, längst nicht alles wird aber registriert. Daher wird die tatsächliche Zahl – und damit auch die Gefahr für Afghan*innen – wesentlich größer sein als offiziell verlautbart.

Für Rückkehrer*innen besteht über die allgemeine Unsicherheitslage hinaus ein besonderes

Risiko: Wer aus der westlichen Welt, meist gezwungenermaßen, nach Afghanistan zurückkehrt, steht dort unter dem Verdacht, vom Glauben abgefallen zu sein, die westlichen Werte verinnerlicht und mit dem Feind kollaboriert zu haben. Diese Vorwürfe kommen nicht nur von den Taliban, sondern sind in der gesamten Gesellschaft präsent und bedeuten eine zusätzliche Verfolgungsgefahr – zusätzlich zu den ursprünglichen Fluchtgründen.

Eine Schutzfunktion durch die Polizei ist quasi nicht existent. Mal abgesehen davon, dass sie in erster Linie in der äußeren Gefahrenabwehr eingesetzt wird

und nicht in der inneren, sind ihre Strukturen, wie die anderer staatlicher Institutionen auch, von Korruption geprägt. Auch die ausgeprägten Systeme sozialer Kontrolle in den Familien und Dörfern funktionieren nicht mehr in der traditionellen Weise. Die Ausbreitung von Alltagskriminalität ist die Folge. Die bekommen Rückkehrer*innen besonders zu spüren, denn es wird vermutet, wer aus Europa kommt, habe es zu viel Geld gebracht oder habe Freunde, die ihn/sie auch nach der Rückkehr noch weiterhin finanziell unterstützen. Das ruft Neider und Kriminelle

auf den Plan. Die hier abgewiesenen Flüchtlinge müssen in mit einem hohen Risiko leben, Opfer von Entführungen zu werden. Wurde die Flucht zudem mit Krediten finanziert, kommt der Druck der Schuldentilgung hinzu, dem oft nur durch Versklavung begegnet werden kann.

Fakt ist also, dass Rückkehrer*innen in besonders großer Gefahr schweben, die das Bundesamt und die Gerichte in der Regel nicht berücksichtigen. Diese Gefahr wird bei ablehnenden Entscheidungen

nicht geprüft!

Was erwartet Menschen, die gezwungen sind, nach Afghanistan zurück zu kehren? Die offizielle Arbeitslosenquote lag im Jahr 2015 bereits bei 40 %, in den Städten noch deutlich höher. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 82 %. Von der städtischen Bevölkerung leben 74 % in Slums. Kein Wunder, liegen die Mieten bei 400 – 600 \$, während das Lohnniveau nur 80-120 \$ beträgt. Die UNOCHA (UNO-Unterorganisation zur Koordinierung der Humanitären Hilfe) schätzte für das Jahr 2017, dass 9,3 Mio Afghan*innen von humanitärer Hilfe abhängig sein würden, das sind 27 %



**KEINE ABSCHIEBUNGEN
NACH AFGHANISTAN**

Logo der Kampagne "Afghanistan is not safe"
Quelle: fluechtlingsrat-bayern.de

Über den Tellerrand

der Bevölkerung. Auch die solidarische Unterstützung durch Familie und Freunde funktioniert in den meisten Fällen nicht mehr angesichts der prekären wirtschaftlichen, politischen und sozialen Situation in Afghanistan.

Gerade Menschen, die nach Jahren des Exils zurückkommen, werden Probleme haben, sich selbst und ihre Familie versorgen zu können, besonders dann, wenn sie in Afghanistan keine Familie oder Freunde mehr haben, oder deren Familie oder Freunde sich von ihnen abwenden. Alte Besitztümer sind zerstört, verkauft oder inzwischen in den Händen von Anderen. Ohne Beziehungen sind nicht nur Rückkehrer*innen von den lebenswichtigen Ressourcen abgeschnitten: Wohnraum oder Arbeitsstellen gibt es nur, wenn man jemanden kennt, der jemanden kennt, der jemanden kennt.

Ohne die Unterstützung durch soziale Kontakte bleibt nicht viel, um den Lebensunterhalt zu bestreiten: Kriminalität und Prostitution sind oft die einzige Möglichkeit oder sich einer militärischen Truppe anzuschließen – entgegen der inneren Überzeugung, die einst Grund zur Flucht war. Diese Zukunftsperspektive ist nicht nur für Traumatisierte erschre-

ckend. Viele Geflüchtete sind verzweifelt, sagen, sie würden sich eher umbringen, als zurück zu gehen. Und das ist absolut glaubhaft!

Die fehlende Perspektive selbst auf die bescheidens-te Lebensgrundlage wird kaum von behördlicher oder gerichtlicher Seite gewürdigt. Denn wenn erniedrigende Behandlung und Verelendung droht, stellt dies im Asylgesetz ein Abschiebehindernis dar! Wird ein Abschiebehindernis im Asylverfahren jedoch anerkannt, bekommt die betroffene Person hier eine Aufenthaltserlaubnis. Und genau das geschieht nicht!

Wir fordern deshalb Bleiberecht für alle afghanischen Flüchtlinge, denn Afghanistan ist nicht sicher, schon gar nicht für Rückkehrer*innen!

Informationen für diesen Artikel sind zwei Artikeln von Friederike Stahlmann im Asylmagazin 3/2017 entnommen. Zu finden im Internet unter: www.asyl.net



Aktionsgruppe "Keine Abschiebungen nach Afghanistan" bei der Demonstration zum 1. Mai 2017
Foto: privat

Aktionsgruppe „Keine Abschiebungen nach Afghanistan“

Seit der Veranstaltung „Trugbild sicheres Afghanistan“ im Haus der Kirche im Frühjahr 2017 zu der 200 Personen kamen, trifft sich eine Aktionsgruppe und bereitet verschiedene Aktionen vor. Die selbstorganisierte Gruppe besteht aus Menschen aus Afghanistan und anderswo, die in Bielefeld und OWL wohnen. Wir haben in Bielefeld, Dortmund und Berlin an verschiedenen Aktionen teilgenommen (Ostermarsch und die 1. Mai-

Demonstration in Bielefeld, die Parade We'll come united, Refugee Conference) und in Bielefeld im Juli eine Mahnwache und im Oktober eine Demo selbst organisiert. Wer mitmachen möchte ist herzlich willkommen! Interessierte können sich gerne bei Kathrin Dallwitz melden: dallwitz@ak-asyl.info

Mit den Fotos und einem Auszug einer Rede vorm Rathaus in Bielefeld im Oktober 2017 soll ein Eindruck der Aktionen wieder gegeben werden:



Demonstration gegen Abschiebungen nach Afghanistan im Oktober 2017
Foto: privat

Über den Tellerrand

Und jetzt möchte ich jede und jeden von Ihnen beim Bundesamt, im Rathaus und von den Parteien, die hier Entscheidungen treffen, aber auch alle die hier einfach vorbeigehen und meinen sie haben da nichts mit zu tun einmal bitten sich vorzustellen,

es sei ihr Sohn, ihre Schwester, ihr Freund oder ihre Mutter über deren Schicksal bei Abschiebungen entschieden wird.

Stellen Sie sich vor sie lesen die ablehnende Entscheidung des Bundesamtes und es wird ihrer Tochter gesagt, man könne ihr nicht glauben, dass sie vergewaltigt worden sei, weil sie es nicht detailreich genug erzählt habe.

Stellen Sie sich vor es sei Ihre Frau und Kind, die krank zwischen Elend und wöchentlichen Anschlägen in ständiger Angst ums Überleben in Afghanistan warten, dass sie endlich zu Ihnen kommen können und sie können sie nicht zu sich holen, weil sie „nur“ subsidiären Schutz erhalten haben.

Stellen Sie sich vor, es ist ihr Sohn, den sie weggeschickt haben damit er den Krieg in Afghanistan nicht erleben muss, damit er nicht von

den Taliban entführt wird. Den Krieg den sie schon so lange erleben, jeden Tag in Angst um ihr Leben und das ihrer Kinder und es wird immer schlimmer. Sie schicken ihn nicht gerne weg, denn sie werden ihn vermissen und sie haben Angst dass er auf der Flucht ertrinken könnte. Und dann 4 Jahre später ruft er aus Deutschland an und sagt dass er abgeschoben wird. Und sie fürchten noch ein weiteres Kind im Krieg zu verlieren.

Stellen sie sich das vor und dann entscheiden sie neu, ob sie einer Abschiebung nach Afghanistan zustimmen können.

Wir stehen hier gemeinsam Menschen aus Afghanistan, Deutschland, von wo auch immer, von der Welt...und wir sagen:

Jeder Mensch hat ein Recht auf ein freies, menschenwürdiges Leben ohne Gewalt, ohne Hunger und ohne Krieg.

Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Familienzusammenführung für alle!

Gleiche Rechte für alle!



Demonstration gegen Abschiebungen nach Afghanistan im Oktober 2017
Foto: privat

Trugbild sicheres Afghanistan Ein Interview mit dem Aktionsbündnis gegen Abschiebungen nach Afghanistan

Ein Interview von Lieselotte Hasselhoff

Seit März 2017 treffen sich Menschen aus unterschiedlichen Kontexten, um gegen Abschiebungen nach Afghanistan aktiv zu werden und um über die Situation in Afghanistan aufzuklären. Letzte Woche haben drei Mitglieder der Gruppe mir aus ihrer Arbeit berichtet:

Lieselotte: Seit wann existiert die Afghanistan-Gruppe und was macht sie?

Alexander: Wir haben alle am 15.03. an der Veranstaltung „Trugbild sicheres Afghanistan“, die vom AK Asyl organisiert wurde, teilgenommen und daraus ist das Bedürfnis entstanden, sich zu engagieren. Dann gab es ein Nachtreffen und es haben sich vier Arbeitsgruppen gegründet.

Mrz: Die erste Gruppe heißt AG Demonstration. Ziel der Gruppe ist die Organisation und die Teilnahme an Demonstrationen und Vernetzung mit anderen Aktionen bundesweit. Eine andere Gruppe ist die AG Politik. Das Ziel dieser Gruppe ist, Kontakt mit Politiker*innen herzustellen und Diskussionen mit ihnen zu führen. Dann gibt es noch die AG Kirche, deren Ziel es ist, Kirchen miteinzubeziehen und deren Unterstützung zu gewinnen. Als vierte Gruppe gibt es die Gruppe Ausstellung. Wie der Name schon sagt, wurde sie gegründet mit dem Ziel eine Ausstellung zu machen. Das wird aber erst jetzt akuter werden.

Lieselotte: Was war eure persönliche Motivation, euch in der Afghanistan-Gruppe zu engagieren?

Mrz: Wir haben gesehen, dass es viele Personen gab, die helfen möchten und ich wollte Teil einer Gruppe sein, um anderen meinen Schmerz und meine Probleme mitteilen zu können. Dann habe ich in der Afghanistan-Gruppe einen Platz gefunden. Ich kannte mich mit den Einzelheiten und Problemen in Bezug auf Afghanistan und auf die Asylsituation hier in Deutschland aus. Dieses Wissen konnte ich in der Gruppe vorstellen und anschließend konnten wir unsere Aktionen machen. Wir haben außerdem gesehen dass auch viele Afghanen mitgekommen sind und wir hatten und haben wirklich gute Unterstützer*innen, des-

halb habe ich mich entschieden, weiterzumachen.

Alexander: Meine Motivation war, zunächst einmal, dieses Missverhältnis darzustellen: Zum einen sind fast täglich Anschläge in Afghanistan. Zum anderen ist die Regierung relativ ignorant demgegenüber. Das Ganze ist relativ paradox, wenn man auf der einen Seite sieht, dass die Abschiebungen nicht stattfinden können, weil die Deutsche Botschaft aufgrund von Anschlägen nicht arbeiten kann und auf der anderen Seite immer weiter darauf gedrängt wird, weiter nach Afghanistan abzuschicken.

Lieselotte: Welche Erfahrungen habt ihr bei euer bis-



In der Innenstadt verteilen Aktivist*innen der Gruppe Flugblätter
Foto: privat

herigen Arbeit gemacht?

Birgit: Speziell in Bezug auf das Thema Afghanistan fand ich dieses Aktiv-Werden für mich als Unterstützerin besonders wichtig. Die Zusammenarbeit mit dem AK Asyl, mit Kathrin Dallwitz und Lina Honens tat besonders gut und hat Mut gemacht.

Mrz: Wir sind aus einem Land gekommen, wo wir nicht unser Fühlen, unseren Schmerz und unsere Ideen mit anderen teilen konnten. Hier in Deutschland ist so klar, wenn man was hat, kann man es sagen. Und das war vom Gefühl her eine Beruhigung für mich.

Über den Tellerrand

Lieselotte: Gab es schon Situationen, wo ihr das Gefühl hattet, das war ein großer Erfolg in eurer Arbeit?

Mrz: Eigentlich ja. Das erste Erfolgserlebnis war unser Deutschkurs. Wir Afghanen durften zu Anfang in Bielefeld keine Deutschkurse machen, doch mit dieser Aktion haben wir die Erfahrung gemacht, dass wir es geschafft haben, dass alle Afghanen an einem Deutschkurs teilnehmen können. Ein anderes Erfolgserlebnis war, als ich in meinem Deutschkurs einen Geflüchteten aus einem anderen Land getroffen habe. Er kam zu mir und hat mich gefragt: „Kommen Sie aus Afghanistan?“ Ich habe gesagt: „Ja“. Und dann hat er gesagt: „Wir wussten nichts über Afghanistan.“ Aber nach dieser Aktion, die wir am Jahnplatz und am Bahnhof gemacht haben, hat er gesagt: „Jetzt weiß ich, wie schwer und wie arm das Leben in Afghanistan ist“.

Birgit: Ich denke über die AG Demonstration kann



In der Innenstadt verteilen Aktivist*innen der Gruppe Flugblätter
Foto: privat

man sagen, dass unsere Arbeitsgruppe durch die ganzen Aktionen, die wir gemacht haben, immer mehr zusammengewachsen ist. Das hatte einen erstarken Effekt, so dass sich von den afghanischen Geflüchteten einige getraut haben, sich hinzustellen und eine Mahnwache auf dem Jahnplatz zu machen. Als wir das erste Mal nach der Bielefeld-Demo zusammen gesessen haben, da waren alle sehr fasziniert. Dass bei der letzten Demo um die 300 Leute gekommen waren, das konnten wir erst gar nicht glauben, dass wir das geschafft haben. Es gab uns ein Gefühl von Unterstützung und Solidarität.

Alexander: Aus meiner Sicht sind die Gespräche mit den Politiker*innen hier vor Ort relativ gut verlaufen.

Aber was für mich der viel größere Erfolg ist, ist dass einige unserer Mitglieder aus Afghanistan richtig aufgeblüht sind in den Gesprächen. Beispielsweise hat ein Junge bzw. ein junger Erwachsener aus Afghanistan mit dem Direktkandidaten der CDU zur Bundestagswahl hier in Bielefeld, Michael Weber, ein wunderbares Gespräch geführt, über die Situation in Afghanistan und seine Situation im Asyl-Verfahren, der Schwierigkeit sich zu integrieren ohne passendes Bildungsangebot. Auf der anderen Seite weiß ich auch um die Politik von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) und die Beschlüsse, die CDU/CSU gefasst haben. Das ist wieder so ein riesiger Gegensatz. Aber unser Erfolg war zum einen, dass es gute Gespräche gegeben hat und zum anderen, dass Menschen an Demokratie partizipieren konnten, die sonst gar nicht wüssten, was sie machen könnten, weil sie nicht in einer Demokratie groß geworden sind.

Mrz.: Und auch unser Zusammensein mit den ganzen afghanischen Flüchtlingen macht sehr viel Sinn. Es beruhigt uns, weil wir immer gedacht hatten, wir hätten in Bielefeld keine Unterstützer*innen. Vor der Mahnwache am 1. Juli. auf dem Jahnplatz hatte es in Afghanistan eine große Bombenexplosion gegeben.

Birgit: Das war der Anschlag auf die Botschaft in Kabul.

Mrz: Davon waren die Familien von vielen betroffen und Angehörige wurden verletzt oder getötet. Und dann sind wir zusammen aufgestanden und sind für ungefähr eine Stunde beisammen geblieben. Das war auch für diese Leute ein gutes Gefühl, dass wir nicht allein sind. Das war auch ein Beispiel von Beileid.

Mit unseren Aktionen und mit dieser Unterstützung habe ich gemerkt, wir sind nicht alleine und wir haben ganz tolle deutsche und auch andere Unterstützer*innen aus der ganzen Welt. Und wir haben das Gefühl, dass wir in Deutschland bleiben werden und wir immer noch unser Ziel, in Sicherheit zu sein, weiterverfolgen.

Lieselotte: Wenn ich euch richtig verstanden habe, ist das übergeordnete Ziel der Gruppe, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Tatsache anerkennt, dass Afghanistan kein sicheres Land ist und dass Asylsuchende deshalb nicht dorthin abgeschoben werden dürfen. Wie kommt es denn überhaupt dazu, dass Abschiebungen nach Afghanistan vom BAMF als rechtfertigbar betrachtet werden?

Alexander: Es geht darum, dass die Bundesregierung behauptet, es gäbe in Afghanistan sichere Regionen. Das führt dann auch zu so absurden Situationen, wie

Über den Tellerrand

dass ein grüner Bundestagsabgeordneter, Omid Nouripour, mal die Bundesregierung gefragt hat, wo sind die denn? Können Sie uns Städte oder Regionen nennen? Und die haben eine Liste erstellt, darunter war Maschhadi. Das ist eine Stadt im Iran. Von daher ist die Kompetenz auch riesig, was das angeht.



Aktionsgruppe "Keine Abschiebungen nach Afghanistan bei der Demonstration zum 1. Mai 2017; Foto: privat

Birgit: Ja, das Problem bei Afghanistan ist, dass nicht anerkannt wird, dass die Sicherheitslage in Afghanistan extrem schlecht ist und dass, das Leben dort täglich im gesamten Land durch Taliban- und IS-Terroranschläge beherrscht wird.

Lieselotte: Woran arbeitet ihr jetzt und was ist euer nächstes Projekt?

Alexander: Also, die größte Aktion bis jetzt hatten wir vor drei Wochen mit der Demo mit über 300 Menschen und jetzt sind wir in der Planung, wie wir weitermachen können. Beispielsweise wollen wir das Theater-Element, das wir bei der Demo schon hatten, weiterausbauen. Aufgrund der Witterung jetzt im Winter ist eine Demo vielleicht nicht die angemessene Form. Von daher sind wir jetzt in der Planung irgendwas in Richtung Ausstellung mit Theater zu planen.

Lieselotte: Jetzt habt ihr sehr viel über die Aktivitäten der AG Demonstration gesprochen. Womit hat sich denn die AG Politik in den vergangenen Monaten vor allem beschäftigt?

Alexander: Wir haben relativ knapp vor der Landtagswahl mit unserer Arbeit angefangen und da sind wir zu den Wahlkampf-Veranstaltungen der Parteien gegangen. Das war allerdings nicht immer vergnügungsteuerpflichtig. Da hat man sich zum Beispiel einen ganzen Abend lang Christian Lindner (FDP) angetan und am

Ende fragt man ihn, also noch nicht mal öffentlich, das war auch völlig absurd, dass man auf einer politischen Veranstaltung noch nicht mal öffentlich Fragen stellen konnte, sondern irgendwie beim Rausgehen, was denn seine Position zu Abschiebungen nach Afghanistan sei. Woraufhin er einfach sagte, dass das Gerichte entscheiden sollen. Der zieht sich aus der Verantwortung völlig raus. Das ist eine Entpolitisierung und Verweigerung wichtiger Diskussionen. Deshalb haben wir unsere Strategie im Hinblick auf die Bundestagswahl dahingehend verändert, dass wir mit den Direktkandidat*innen von CDU, SPD, Grünen und Linkspartei hier in Bielefeld ein ungefähr einstündiges Gespräch geführt haben.

Lieselotte: Was ist bei diesen Gesprächen herausgekommen?

Alexander: Vom Gespräch mit der CDU hatte ich ja schon eben erzählt. Wiebke Esdar von der SPD hatte uns vom Parteitag berichtet, auf dem die SPD-Basis entgegen der Haltung der Parteispitze, die es unbestimmter lassen wollte, im Wahlprogramm festgelegt hat, dass nach Afghanistan nicht abgeschoben werden soll. Linkspartei und Grüne sind sowieso auf unserer Seite. Da hat uns Britta Haßelmann (Grüne) berichtet, wie die Diskussions- und Beschlusslage im Bundestag ist und es ging um einen Austausch, wie wir als zivilgesellschaftliche Akteure auf der einen Seite und Politiker*innen und Parteien auf der anderen Seite in dieselbe Richtung arbeiten. Jedenfalls haben wir mit Wiebke Esdar, Britta Haßelmann und Friedrich Straetmanns (Die Linke) drei Abgeordnete aus Bielefeld, die auf unserer Seite stehen.

Lieselotte: Heißt das, man kann erwarten, dass diese Gespräche, sofern Interesse gezeigt wurde, praktische Folgen haben werden? Handelt es sich lediglich um Lippenbekenntnisse der Politiker*innen bzw. um eine vorübergehende Anteilnahme oder können wir damit rechnen, dass diese Politiker*innen sich tatsächlich für das Thema engagieren werden?

Alexander: Naja, engagieren glaube ich schon. Die Frage ist nur, ob sie sich da durchsetzen können. Der Bundestag ist durch den Einzug der FDP und vor allem der rechtsextremen AfD deutlich in die falsche Richtung gerückt. Die spannende Frage ist, wer eine neue Regierung bildet oder was jetzt kommt. Deshalb ist es weiterhin wichtig, da am Ball zu bleiben und weiter klarzumachen, dass Afghanistan ein ganz wichtiges Thema ist.

Über Leben

Von H.S. Sajad

Ich bin viele Tage und Nächte über die Berge gelaufen.

Ich habe 6 Tage nichts gegessen.

Ich bin gelaufen und wusste nie ob ich ankomme.

Ich dachte: von Afghanistan nach Deutschland zu kommen ist: sein Leben aufs Spiel zu setzen.

Ich habe geschlafen auf einem Stein, im Müll, im Dreck, im Sitzen und ich habe geschlafen, wenn mein Körper nicht mehr konnte.

Ich habe die Kugeln auf mich zukommen sehen – ich habe überlebt – Freunde von mir nicht.

Ich bin weggelaufen von den Militärs, von den Grenzern und der Polizei.

Ich bin 6 Tage und 6 Nächte mit 90 Personen in einem Sturm auf einem winzigen Boot übers Meer gefahren.

Ich habe viele kleine Kinder weinen gesehen in den Armen ihrer Mütter.

Ich bin um mein Leben gerannt.

Ich habe gesehen, wie Eltern ihre Kinder zurückgelassen haben.

Ich sage dir, man hat eine 99 prozentige Chance Unterwegs zu sterben.

Ich hatte nur mein Leben und die Kleider, die ich am Leib trug.

Ich habe Menschen unterwegs sterben gesehen.

Aber hier geht der Stress in anderer Form weiter:

Neue Sprache

Neue Kultur

Neue Menschen

Neue Regeln

Anderes Essen

Einsamkeit

Ich vermisse meine Eltern, meine Schwestern, meine Brüder

Keiner hat Zeit für mich.

Schulstress

Angst vor dem Abgeschoben werden.

Stress mit anderen Flüchtlingen.

Stress mit den Deutschen.

Stress mit dem Vormund

Stress mit den Betreuern

Stress mit dem Trainer

Schlaflosigkeit

Depression

Alpträume

Aber!!!!!!!!!!!!!!

Wir sind hier!

Wir sind cool.

Ihr seid stark.

Doch wir sind stärker!!!

Wir haben gelernt zu überleben.

Wir wissen, wie es ist, nichts zu haben.

Wir machen weiter.

Ihr macht Sport – wir überleben.

Wir spielten das Spiel mit dem Tod

Und haben gesiegt.

Wir haben Höhen, Tiefen, Schmerz und Tod
überwunden.

Mal sehen, was uns noch aufhalten will.

Impressum

Herausgeber*in

AK Asyl e.V.

Friedensstraße 4-8

33602 Bielefeld

Redaktion:

Lieselotte Hasselhoff

Sandra Flagmeier, Lukas Rix, Alexander Temme,
Hendrik Unger

Layout:

Sophia Stockmann

V.i.S.d.P:

Lieselotte Hasselhoff

Autor*innen dieser Ausgabe:

Aktionsgruppe "Keine Abschiebungen nach Afghanistan"

Kathrin Dallwitz

Zübeyde Duyar

Clement Friedmann

Lukas Groten

Lieselotte Hasselhoff

Ulli Hoffmann

H. S. Sajad

Friederike Schleiermacher

Sophia Stockmann

Women in Exile and Friends Bielefeld

Kontakt:

Friedensstraße 4-8

33602 Bielefeld

Telefon: 0521 / 546515-0

Telefax: 0521 / 546515-99

E-Mail: info@ak-asyl.info

Der AK Asyl im Internet: www.ak-asyl.info

